

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bringerstraße 21, U. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bringerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die 6spaltige Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 90 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 251.

Dresden, Mittwoch den 28. Oktober 1908.

19. Jahrg.

Rüstet zur Wahlrechts-Demonstration!

Die Marineverträge.

Eduard und Wilhelm II.

Die Wiener Allgemeine Zeitung bringt Mitteilungen über die letzte Aussprache zwischen dem englischen König und dem deutschen Kaiser, die allgemeine Interesse beanspruchen dürfen. Blatt führt aus:

König Eduard war nach Cronberg gekommen, um Kaiser beim Verlass zu machen, daß Deutschland und England Abmachungen zur See einzuführen sollten. Der König war von vornherein von der Erfolglosigkeit seines Schrittes überzeugt, aber er tat ihn dennoch, um, wie er meinte, jene „unsterblichen Schwärmer in England, die noch immer an friedfertiges Deutschland glauben, von der Begründetheit ihrer Ansicht zu überzeugen“. König Eduard hatte namentlich einige seiner Minister im Auge, besonders Herr Osborne, der ihm sehr wenig sympathisch ist. Der Empfang, den König Eduard in Cronberg fand, war sehr allzu warmer. Kaiser beim verheirateten König Eduard gegenüber nicht die Beherrschung, die infolge der Zusammenkunft in Naval die Aufmerksamkeit in Deutschland erregt haben, und wie darauf hin, eine Durchführung der Kaiserlichen Verträge keineswegs gemein wäre, die Friedensversicherer in Europa zu lächeln. Der Kaiser erklärte, daß er gekommen sei, um einen Beweis der Freundschaft Englands zu geben, und er fügte hinzu, daß sein Vizekönig Sir Charles Harcourt sich erlauben werde, dem Kaiser die Vorzüge Englands zu unterbreiten, durch deren Hilfe die Weltfriedensbewegung der Frieden in Europa noch auf absehbare Zeit gesichert werden würde. Der Kaiser erklärte, daß er die Vorzüge Englands zu unterbreiten, durch deren Hilfe die Weltfriedensbewegung der Frieden in Europa noch auf absehbare Zeit gesichert werden würde. Der Kaiser erklärte, daß er die Vorzüge Englands zu unterbreiten, durch deren Hilfe die Weltfriedensbewegung der Frieden in Europa noch auf absehbare Zeit gesichert werden würde.

Die „große Gewerbeordnungsnovelle“.

Während der Reichstag noch seinen Sommerschlaf hält und das Parlament die Reichsfinanzreform erst am kommenden Dienstag entgegennehmen will, trat die Reichstagskommission zur Beratung der sogenannten großen Gewerbeordnungsnovelle schon am Mittwoch wieder zusammen.

Ihre Beratungen galt zunächst den Bestimmungen des Entwurfs, die eine Folge der internationalen Vereinbarungen der Berner Konvention sind. Der dritte Artikel der Berner Konvention fordert die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen auf alle Betriebe mit durchschnittlich mehr als zehn Arbeitern. Demgemäß soll, da die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung nur auf Fabrikarbeiter Anwendung finden, der Begriff Fabrik dahin festgesetzt werden, daß er alle Betriebe mit mindestens zehn Arbeitern umfaßt. Abgeordneter Kollendörfer (Soz.) schlug der Kommission vor, über diese Mindestbeschränkungen der Berner Konvention hinauszuweisen und den Arbeiterschutz auf alle Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern auszuweiten. Auch sollten die außerhalb des Betriebes beschäftigten Arbeiter den im Betrieb beschäftigten zugerechnet werden. Nachdem ein Regierungsvertreter diesen Vorschlägen entgegengetreten war, lehnte die Kommission sie mit allen gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen ab.

Weiter legt das Reichsamt für Arbeiterschutz die Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen auf acht Stunden pro Tag fest. Abg. Dipe (Zentr.) beantragte, diese Bestimmung nicht, wie es die Regierungsvorlage vorsieht, erst im Jahre 1910, sondern sogleich mit Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle in Wirksamkeit zu setzen. Er schlug weiter vor, die Arbeitszeit an den Vorabend der Feiertage auf neun Stunden zu beschränken. Abg. Dr. Stresemann (natl.) beantragte, an Stelle der täglich geltenden Bestimmung die 60stündige Arbeitszeit zu setzen und hinzuzufügen, daß der Arbeiterschutz ein einzelner Tag ein 24 Stunden nicht überschreiten dürfe. Er begründete den Antrag damit, daß man den Arbeitgebern eine freiere Disposition über die tägliche Arbeitszeit lassen müsse, weil die Anforderungen an die Arbeitsleistung in den einzelnen Industriezweigen und an den einzelnen Arbeitstagen verschieden seien. Abg. Wolfenbühler (Soz.) wandte sich scharf gegen diesen Antrag, der als unzulässig das Streben der nationalliberalen Partei verrät, mit der geltenden Gesetzgebung in guten Beziehungen zu bleiben. Mit seiner Annahme würde jede Kontrolle über die Arbeitszeit aufhören und die Lebensgrundlage der Bestimmungen den größten Schwierigkeiten begegnen. Im Gegensatz zu diesem arbeitgeberfeindlichen Vorschlag befürwortete Wolfenbühler die Einführung des Achtstundentages für Arbeiterinnen. Wenn die englischen Bestimmungen den neunstündigen Arbeitstag eingeführt haben, so könne es der deutschen Industrie, die durch den Schutzwoll in einer besonders günstigen Lage sei, nicht schwer werden, mit dem Achtstundentag auszukommen. Der Zentrumsvorleser Gieseler kam über ein Wort — über nicht hinaus. Er sei zwar im Prinzip sehr für eine niedrige Arbeitszeit, aber der Achtstundentag sei gegenwärtig noch nicht durchführbar. Mit dem Achtstundentag könne die Industrie sehr gut auskommen. Nach dem Zentrum hat also das Bestreben, nur den Kapitalisten nicht noch zu tun. Zur Vertretung seines Standpunktes nahm auch noch der Abg. Engelberger das Wort. Ein Regierungsvertreter wandte sich gegen den Antrag Stresemanns, erklärte aber auch den Antrag sich auf Übertragung der Arbeitszeit an den Vorabend der Feiertage für unannehmbar. Gleich den Vertretern aller bürgerlichen Parteien lehnte er den sozialdemokratischen Achtstundentag ab. Der Antrag Stresemanns wurde hierauf zurückgezogen, doch schied ab. Der Antrag Stresemanns wurde hierauf zurückgezogen, doch schied ab. Der Antrag Stresemanns wurde hierauf zurückgezogen, doch schied ab.

Stimmung, daß den Arbeiterinnen in der Fabrik ein 8. am zur Verfügung gestellt werden solle, um dort das Abend zu sitzen. Abg. Kollendörfer (Soz.) trat dem Antrage mit allerlei patriotischen Argumenten entgegen. Ein humaner Arbeitgeber werde der Arbeiterin die Arbeitstunde schon offen halten. Gegen eine gefällige Verpflichtung aber wehrte er sich mit aller Entschiedenheit. — In der Abstimmung wurde der Antrag Dipe angenommen. Unser Antrag fand wiederum nur die Stimmen der drei sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder.

Die Kommission legt ihre Beratungen am Mittwoch fort.

Die Nationalratswahlen in der Schweiz.

Von unserm Korrespondenten.

Z. Zürich, 26. Oktober.

Die gestern stattgefundenen Wahlen haben bei teilweise außerordentlich harter Verteilung der Wähler stattgefunden, die besonders in dem erheblich größeren absoluten Mehr zum Ausdruck gelangt, das z. B. im Züricher Wahlkreis 16973 gegen 14394 im Jahre 1905 betrug. Leider gelang es trotzdem nicht, unsere Reinerliste durchzubringen. Es wurden acht Bürgerliche gewählt, während von unserer Liste niemand durchzubringen vermochte. Die gewählten acht Bürgerlichen erhielten 17101 bis 17856, die sozialdemokratischen Kandidaten 13441 bis 16000 Stimmen. Vor drei Jahren betrug unsere höchste Stimmenzahl 13540, diesmal also um 2500 mehr. In der Stadt Zürich steht Greulich mit 13304 Stimmen an dritter Stelle, zwei Bürgerliche erhielten 13611 bis 13614 Stimmen. Vorzüglich gehalten hat sich das Arbeiterquartier Wackerli, in dem Greulich 8075 gegen 6088 Stimmen vor drei Jahren erhielt. Im Bezirk Zürich haben drei unserer Kandidaten mehr Stimmen als drei von den acht gewählten Bürgerlichen, aber den Ausschlag zu unseren Ungunsten hat wieder der bürgerliche Bezirk Affoltern gegeben, in dem auf die Bürgerlichen bis über 2000, auf unsere Liste aber nur bis zu 315 Stimmen fielen. So hat die Raubpolitik der schamlosen Wahlkreisgeometrie und des Mehrheitsprinzips ihren Zweck der Vergewaltigung der Arbeiterschaft wieder erreicht.

Am den 9. Sitz nun ein zweitesmal gekämpft werden. Der Demokrat Dr. Wetstein erhielt nur 13380 Stimmen, denen die 16000 unserer Genossen Greulich gegenüberstehen. Der Kandidat der Bürgerverbänder erhielt 4963, der der Christlichsozialen (eigentlich Katholiken) 3047. Ob Wetstein zurücktritt und die Bürgerlichen den 9. Sitz der sozialdemokratischen Partei überlassen oder ob er auch für den zweiten Wahlgang kandidiert und ob die Bürgerverbänder und die Christlichsozialen ihre Stimme dem Dr. Wetstein zuwenden, bleibt abzuwarten.

Im Winterthurer Wahlkreis wurde Genosse Dr. Studer, der auf allen Listen stand, mit 14469 Stimmen gewählt, während unser Kampfkandidat Walter 6475 Stimmen erhielt, um 730 mehr als 1905. Im Seetal fielen auf unsere Liste 3633 bis 3888 gegen 3054, ebenfalls ein Zuwachs an Stimmen von rund 600. In Bern fiel unsere Stimmenzahl von 3789 auf 5744, in Lengental (Kanton Bern) von 2576 auf 4690, in Basel von 3925 auf 5017 Stimmen usw. Diese Fortschritte sind sehr erfreulich, sie beweisen, daß unsere Sache trotz alledem gut markiert.

Von unsern Kandidaten wurden, wie bereits telegraphisch berichtet, die Genossen Dr. Studer in Winterthur, Scherrer in Hochdorf, Barer Engler in Appenzel und Weisliche in der Kanton Tessin gewählt. Engler muß, da Weisliche für die Bundesversammlung nicht wählbar sind, sein Parlament niederlegen. Von den Stichwahlen werden wir sicher die in Basel die Wahl des Genossen Dr. Bräselein, vielleicht auch die des Genossen Greulich, in Zürich womöglich die des Genossen Greulich bringen. Es kann also auf ein halbes Duzend sozialdemokratischer Nationalräte gerechnet werden. Diese Vertretung bleibt aber weit zurück hinter denjenigen, die unserer Partei gebührt, und darum muß das gewalttätige Raubwahlsystem nach wie vor entschieden bekämpft und an der weiteren Erhaltung unserer Partei gearbeitet werden.

Die Volksabstimmung hat die Annahme des Wasserrechtsartikels mit 211171 gegen 36692 Stimmen ergeben. Im Bezirk Winterthur ist bei einer Erloswahl in das Bezirksgericht, wobei es sich um die Aufrechterhaltung unseres Wahlrechts handelte, unser Genosse Erb ohne Gegenkandidaten gewählt worden.

Der französische Kongreß in Coulouffe.

II.

Jaurès und Baillanti nahmen eine vermittelnde Stellung ein, besonders Jaurès. Er will die Reformfähigkeit nicht unterschätzen. Er hält den Parteien Widerspruch in ihrer Abhängigkeit der Reformen vor. Wir müssen mit der ganzen Macht unserer Energie für die Reformen eintreten. Jede Reform enthält ihren Preis. Sie führt den Kampf der Nation bei zu verwerfen. Jaurès wehrte sich gegen die sozialistische Theorie, deren Stützpfeiler der Grubenarbeit, die Eisenbahnen des Eisenbahnwesens, die Grubenarbeiter usw. zu überlassen. Dies wäre nicht der Sozialismus

Weiter wird erzählt, daß Eduard VII. bei der folgenden Audienz mit Kaiser Franz Joseph in Jhal diese Fragen ebenfalls zur Sprache gebracht und Österreichs Vermittlung gesucht hat. In Deutschland zu bewegen, seine intransigente (unversöhnliche) Haltung aufzugeben“. Franz Joseph habe jedoch abgelehnt, in die deutschen Angelegenheiten einzuschreiten. Schließlich habe der englische König in Marienbad bei seinen Besprechungen mit Bismarck und Clemenceau sich über die zukünftige Gestaltung der Dinge sehr verständlich geäußert.

Wenn diese Darstellung den Tatsachen entspricht, so muß große Beachtung geschenkt werden. Und zwar vornehmlich uns in Deutschland. Denn es wird bestätigt, daß Deutschland der einzige Staat ist, der jede Wendung auf diesem Gebiete ablehnt, der von neuem den Anreiz gibt zur Fortführung der sich überfüllenden Wettbewerben zur See, der Fortschritt der Weltfriedensbewegung der internationalen Situation vermehrt.

Diese Politik des Kaisers ist aber keineswegs eine sichere Friedenspolitik. Gewiß versichert auch er einmal über das andere, daß er die Erhaltung des Friedens wünsche. Dann wäre aber nötig, die Mittel zu wollen, die dieses Ziel herbeiführen können. Fortgesetzte Wettbewerben, unbedingtes Bestehen auf dem freien Willen des einzelnen Landes, großes Absehen jedes Verhandlungsversuches bedeuten das Gegenteil dessen, was wir den Reizen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen internationalen Situation als höchste Notwendigkeit ansehen. Im deutschen Volke wird die Anschauung eineswegs geteilt, daß jeder Versuch abgelehnt werden müsse, mit England zu einer Verhandlung über die Marineverträge zu gelangen, zu einer Verhandlung, die im höchsten Interesse beider Staaten und Völker liegen würde.

Wie tief es doch schon im Jahre 1899 im Schlussprotokoll der ersten Haager Friedenskonferenz? Dort wurde an der Spitze der Wünsche, auf die sich die Teilnehmer der Konferenz verbandelten, verknüpft:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine Behinderung der militärischen Fortschritte, welche gegenwärtig die Welt bedrücken, in hervorragender Weise wissenschaftlich ist für die Förderung des materiellen und moralischen Wohlbefindens der Menschheit.“

Diese feierliche Erklärung, dieser dringliche Wunsch wurde auch von dem Vertreter der deutschen Regierung feierlich unterzeichnet. Dagegen reist sich aber die „intransigente Haltung Deutschlands“ gegen jene englischen Anregungen ganz und gar nicht! Vielmehr ist man in Deutschland drauf und dran, die Lasten, die die Welt bedrücken, durch neue Steuererhöhungen von neuem tiefer zu belagern!